

DER ATOMMÜLL-KONFLIKT

oder: **warum ihn auch diese Atommüllkommission nicht lösen wird**



Atomkraftwerke produzieren seit Jahrzehnten
Zigtausende Tonnen Atommüll!
Kein Gramm davon ist bisher schadlos entsorgt.

1 MILLION JAHRE
muss der Atommüll sicher gelagert werden



PolitikerInnen denken an ihre nächste Wahl

IN VIER JAHREN ...

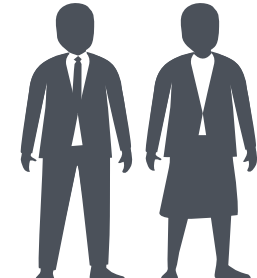
SO WOLLTEN POLITIK UND ATOMINDUSTRIE DAS ATOMMÜLLPROBLEM BISHER „LÖSEN“



- die **Müllmenge** vervielfachen („Wiederaufarbeitungsanlagen“)
- in absaufende und einstürzende **Salzbergwerke** kippen (Asse, Morsleben)
- ins **Meer** schütten (Atlantik)
- in unsicheren **Hallen** oder **Kellern** unterstellen („Zwischenlager“)
- geplant: in einem maroden **Salzstock** vergraben (Gorleben)
- geplant: in absaufende **Eisenerzgruben** packen (Schacht Konrad)



DER ATOMMÜLLKONFLIKT



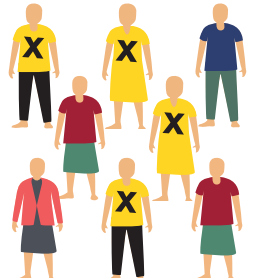
ATOMINDUSTRIE & POLITIK

wollen den Müll irgendwo loswerden



BEVÖLKERUNG

wehrt sich



Ein schwarz-rot-gelb-grüner Parteien-Konsens kann den Atommüllkonflikt nicht lösen. Nötig ist ein **gesellschaftlicher Konsens** – vor allem mit denen, die heute und künftig mit den strahlenden Hinterlassenschaften zu kämpfen haben.

DAS ENDLAGERSUCHGESETZ



- **Keine Mitbestimmung** der betroffenen Bevölkerung
- **Kein Konsens über das Verfahren**
– PolitikerInnen haben es vorab festgelegt
- Die Atommüllkommission darf zwar reden, kann aber **nichts ändern**
- Der Salzstock Gorleben bleibt im Rennen
– die „weiße Landkarte“ hat einen **dicken Fleck**
- **8 AKW** laufen noch viele Jahre weiter – Deutschland bleibt der **zweitgrößte** Atommüllproduzent in der EU ...

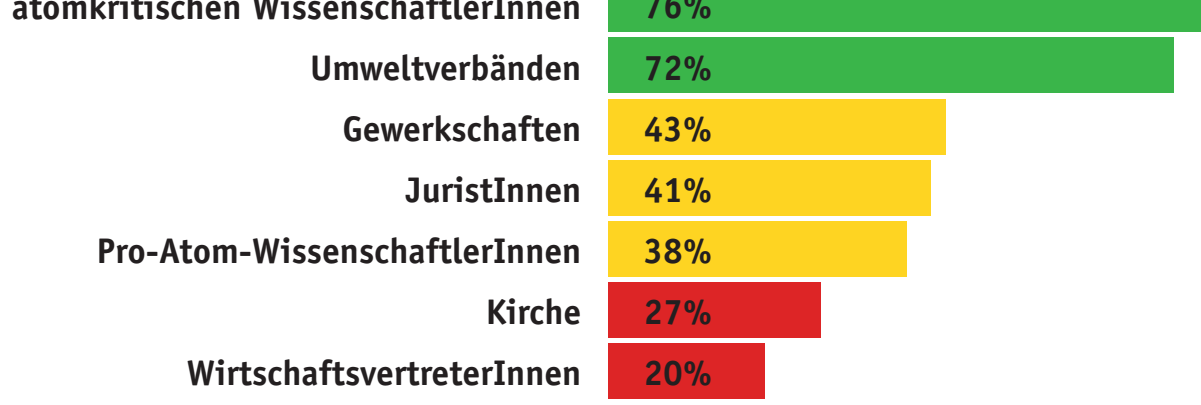


GORLEBEN VERGIFTET DAS VERFAHREN



1,6 Milliarden Euro hat die Atomindustrie investiert, um ein Endlager in Gorleben durchzusetzen. Solange Gorleben im Verfahren bleibt, steht jede Diskussion und jedes Kriterium immer unter dem Verdacht, dass es nur darum geht, diesen Standort durchzusetzen oder zu verhindern. Vertrauen und Akzeptanz können so niemals entstehen.

WEM VERTRAUT DIE BEVÖLKERUNG BEIM THEMA ATOMMÜLL?



Quelle: TNS Emnid, März 2014

DIE ATOMMÜLLKOMMISSION

FALSCH BESETZUNG



- Ursula Heinen-Esser** (CDU)
hat das Gesetz mit erarbeitet, das die Kommission evaluieren soll.
- Michael Müller** (SPD)
hat als Staatssekretär mit dafür gesorgt, dass allein die SteuerzahlerInnen die milliardenschwere Sanierung der Atommüllkippe Asse II bezahlen müssen, obwohl drei Viertel der Radioaktivität in der Asse von den Atomkonzernen stammen.
- Bruno Thomauske**
Ex-Atommanager und ehemals verantwortlich für die Endlager(projekte) Gorleben, Schacht Konrad und Morsleben, Präsidiumsmitglied des Deutschen Atomforums
- Hubert Steinkemper**
Verwaltungsjurist und Atomhardliner aus dem Umweltministerium
- Hartmut Gaßner**
Rechtsanwalt, der im Regierungsauftrag unsichere Zwischenlager gegen den Willen der AnwohnerInnen durchboxte
- Wolfram Kudla**
Bergbau-Ingenieur, hält ein Patent zum Verschluss von Stollen in Salzgestein
- Armin Grunwald**
Institutsleiter am KIT, das als „Kernforschungszentrum Karlsruhe“ jahrzehntelang Atomgefahren kleinredete und heute noch Transmutationsforschung betreibt
- Michael Sailer**
hat intensiv am Gesetz mitgearbeitet, das die Kommission evaluieren soll, und ist im Gespräch als Präsident des „Bundesamts für kerntechnische Entsorgung“, dessen Notwendigkeit sie erst prüfen soll.
- Bernhard Fischer**
Ex-Chef von Eon Kernkraft und Aufsichtsrat verschiedener Eon-Tochterunternehmen
- Gerd Jäger**
Präsidiumsmitglied des Deutschen Atomforums und stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Urenco (u.a. Urananreicherungsanlage Gronau)
- Erhard Ott** (SPD)
Stellvertretender Vorsitzender des Eon-Aufsichtsrates
- Edeltraud Glänzer** (SPD)
stellvertretende Vorsitzende der IG BCE, der die Bergleute in Gorleben angehören
- Georg Milbradt** (CDU)
ehemaliger Ministerpräsident von Sachsen
- Klaus Brunsmeier** (BUND) und **Jörg Sommer** (Deutsche Umweltstiftung)
haben die beiden für Umweltverbände vorgesehenen Plätze gegen das explizite Votum fast aller mit dem Atommüllkonflikt befassten Umweltverbände, Anti-Atom-Organisationen und -Initiativen besetzt.

FALSCH REIHENFOLGE

Vieles, was die Kommission erst erarbeiten soll, hat der Bundestag im Endlagersuchgesetz bereits festgelegt.

FALSCHES THEMA

Die Kommission soll sich bloß um die Endlagerung des hochradioaktiven Abfalls kümmern. Das sind aber nur 5 Prozent des ganzen Mülls. Alle Zwischenlager-Probleme bleiben ebenfalls außen vor.

FALSCHER MODUS

Die Kommission entscheidet mit 2/3-Mehrheit. Eine Sperrminorität von nur sechs Mitgliedern reicht also aus, um jedes Kriterium zu verhindern, das den Standort Gorleben ausschließt. **Am Ende bleibt es bei Gorleben** – ganz egal, wie ungeeignet der Salzstock dort ist.

FALSCHES ERGEBNIS

So, wie sie derzeit geplant ist, wird die Kommission **kein tragfähiges Ergebnis** liefern. Es wird **keine Akzeptanz für das Ergebnis** geben. Der **Atommüll-Konflikt bleibt weiter ungelöst.**

